

Haushaltsrede Fraktion Grüne Bruchsal/Neue Köpfe

Ruth Birkle, 14.12.10

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

alle Jahre wieder: Haushaltsberatungen und Stellungnahme. Sie wird für besonders wichtig gehalten, dabei kann sich im Laufe eines Jahres vieles ändern, sodass einiges auch wieder komplett in Frage gestellt ist. Jede wirtschaftliche Krise im herrschenden System erschüttert zuerst und zuletzt die kommunale Basis, an der alles direkt und schmerzhaft bemerkt wird. Die finanziell schlechte Lage ist gerade jetzt besonders bedauerlich, da wir eine Oberbürgermeisterin haben, der das soziale und kulturelle Leben in der Stadt besonders am Herzen liegt.

In der Kommune zeigt sich auch die zentrale Schwachstelle eines Systems, in dem alle Gestaltungsmöglichkeiten der Kommune an einer florierenden Wirtschaft hängen. Es ergibt sich die absurde Situation, dass die Kommunen froh sein müssen, wenn die deutsche Exportwirtschaft boomt – selbst dann, wenn es eine ökologisch unsinnige Produktion ist, Flächen großzügig verbraucht werden und die Umwelt belastet wird. Und es nützt sogar dann dem kommunalen Haushalt, wenn Firmengewinne auch noch dadurch verbessert werden, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander klafft und ihre Gewerbesteuerzahler Arbeiter- und Arbeiterinnen in Leiharbeitsverhältnissen oder 400 Euro-Jobs beschäftigen.

Die Kommunen sind gezwungen, in einem unsinnigen Standortwettbewerb mitzuhalten, ihre kommunalen Konkurrenten auszustechen und in Krisenzeiten kommunales Eigentum anzutasten. Dazu kommt das neue Leitbild der Doppik: Die Kommune wird zum Wirtschaftsunternehmen erklärt, das seine Ausgaben beschränken muss, wenn es seine Einnahmen nicht erhöhen kann. Doch wie soll eine Kommune wie ein Unternehmen arbeiten, wenn sie doch dazu da ist, alle diejenigen wichtigen Aufgaben zu übernehmen und die Einrichtungen zu betreiben, um die sich die Privatwirtschaft nicht kümmern kann und will: Schulen, Bibliotheken, Kultur, Bäder und Busse? Und es ist tatsächlich auch durchaus sinnvoll, diese Aufgaben solidarisch, also öffentlich, zu bewältigen.

Solange die Konjunktur auf Hochtouren läuft, fällt es leicht, die Gemeinschaftsaufgaben zu bewältigen, auch wenn ökologische Probleme verdrängt werden. Doch die Krisen sind vorprogrammiert, Unternehmen melden Konkurs an, die Kommune dagegen kann auch das nicht. Die kommunalen Einnahmen gehen drastisch zurück – und es gibt keine Möglichkeit für die Kommune, selbst wertschöpfend tätig zu werden und angemessen die Einnahmenseite zu erhöhen. Die einzige Möglichkeit ist, sich selbst zu verkaufen, indem Gebäude veräußert oder Bauland ausgewiesen wird.

Neue Baulandausweisungen sind jedoch ökologisch falsch und treiben Bodenspekulation voran, ihr Nutzen für die Stadtkasse ist dagegen gering und kurzfristig. Wir schlagen hier einen Stopp des traditionellen Bebauungsplanverfahrens vor und den Wechsel zu einem anderen Modell mit vollständiger Abschöpfung der Planungsgewinne.

Kaum besser sieht es beim Verkauf von Gebäuden aus. Solche Aktionen sind ein Tropfen auf den heißen Stein und eine Nettigkeit für Privatleute oder Firmen, eine ganz besonders delikate Form der Umverteilung: Wir erinnern nur an den versilberten Einkauf der EnBW in die Stadtwerke Bruchsal –

heute werden die EnBW-Aktien durch das Land zurück gekauft. Dem Verkauf seinerzeit würde heute wohl niemand mehr zustimmen.

Ziel aller Aktionen soll ein nachhaltiger Haushalt sein. Das ist nichts anderes als eine konservative Politik, in der eine nachhaltige Entwicklung unmöglich ist. Eine nachhaltige Entwicklung heißt nämlich auch, auf soziale und ökologische Notwendigkeiten zu achten statt die Bedürfnisse des Haushaltsplans über alles zu stellen, dessen kurzfristige Nachhaltigkeit eine wirkliche und dauerhaft nachhaltige Entwicklung verhindert. Für eine nachhaltige Entwicklung sorgen zum Beispiel Projekte, die Kindern und Jugendlichen zugute kommen. Deshalb begrüßen wir die Investitionen, die für Schulen und Kindergärten im Haushalt zu finden sind. Wir stimmen zu, die Ausgaben in dieser Hinsicht bis zum Äußersten auszuweiten. Wir sagen bewusst: Es ist angesichts dieser Situation vernünftig, finanziell für soziale, ökologische und kulturelle Belange so weit an die Zulassungsgrenze zu gehen, wie erlaubt. Die Behauptung, die Kommunen hätten ihre Krise selbst verschuldet und ein Angleichen der Ausgaben an die Einnahmen brächte alles wieder ins Lot, zeigt nur ein Unverständnis für das Funktionieren unseres wirtschaftlichen Systems.

Jetzt zu Details:

Wir begrüßen aus den erläuterten Gründen die Investitionen in die Kindergärten und Schulen; das Verschieben des Baubeginns von St. Josef bedauern wir ganz außerordentlich. Auch am JKG ist zu viel offen, das unbedingt angegangen werden muss. Eine weitere Unterstützung des privaten Heisenberg Gymnasiums mit öffentlichen Mitteln lehnen wir ab.

Wie jedes Jahr unterstützen wir Einrichtungen wie das Theater, die Bibliothek und die Musikschule.

Wir stimmen selbstverständlich allen ökologisch sinnvollen Maßnahmen zu, dem Ausbau des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs, der Förderung des Stadtbusses sowie dem Ausbau eines Radwegenetzes. Wir sagen auch ja zu der weiteren Planung der Stadtbahn durch Bruchsal.

Für den individuellen PKW-Verkehr gibt es mit dem Parkplatz am Bahnhof und dem neuen Sepa - Parkhaus ausreichend Parkflächen. Wir stimmen dafür, das neue Parkkonzept und vor allem das neue Gebührenkonzept energisch umzusetzen, denn die Subventionierung zur Zeit kostenfrei parkender Autos ist vollkommen unangebracht.

Kürzungen bei den städtischen Personalausgaben rechnen sich nicht, denn die Arbeiten stauen sich auf und müssen irgendwann doch erledigt werden. Das wird deutlich, wenn notwendige Reparaturarbeiten liegen bleiben oder ausgelagerte Arbeiten nicht zufrieden stellend geleistet werden, zB beim Winterdienst. Wir lehnen Kürzungen der Personalausgaben deshalb weiterhin ab.

Insgesamt zeigt sich besonders am Haushalt die Machtlosigkeit der kommunalen Politik, die am Ende nicht Gestaltung ist, sondern auf Mangel-Verwaltung und Technokratie hinausläuft. Wenn die kommunale Demokratie weiterhin ernst genommen werden soll, müssen Land und Bund endlich die Finanzierung der Kommune anders aufstellen. Neben grundsätzlichen Neuerungen ist aktuell das Durchsetzen des Konnexitätsprinzips wichtig. Dafür muss sich auch unsere Kommune zusammen mit den anderen Kommunen in den verschiedenen Gremien und auf allen Kanälen nachdrücklich und selbstbewusst einsetzen. Die kommunalen Strukturen werden keinen Bestand haben, wenn wir uns nicht aktiv dafür stark machen.

Wir stimmen dem Haushalt zu.